

## **Antrag zur Unterstützung der Klimastreikwoche und Public Climate School**

### **Der Studentische Rat möge beschließen:**

Der Studentische Rat begrüßt mit Verweis auf die in der Wiederholungssitzung der 1. außerordentlichen Sitzung des 15. Studentischen Rates beschlossenen bzw. ratifizierten Anträge der Studentischen Vollversammlung die Initiative zum Klimastreik/ zur Public Climate School von Students for Future.



Der Studentische Rat unterstützt die Planung und Durchführung einer von Students for Future beschlossenen und geplanten Klimastreikwoche/Public Climate School vom 25. - 29. November 2019.

Der Studentische Rat ruft seine Mitglieder, sowie sämtliche studentische Institutionen dazu auf, die Klimastreikwoche im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Hierbei kann es sich bspw. um organisatorische Unterstützung handeln, z.B. durch Kontakte zu Mitarbeiter\*innen und Wissenschaftler\*innen der jeweiligen Fachrichtungen, Mobilisierung von Studierenden bzw. Bekanntmachung der Aktivitäten, Bereitstellung von Räumen, oder um finanzielle Unterstützung der Public Climate School.

### **Begründung:**

Beim Klimaratschlag, dem bundesweiten Vernetzungstreffen der Students for Future in Jena am 22. und 23. September, wurde von etwa 130 Studierenden aus mehr als 30 Städten die Durchführung einer bundesweiten (möglicherweise auch europaweiten, bzw. internationalen) Klimastreikwoche vom 25. - 29. November beschlossen. In dieser Woche soll die Universität für die Öffentlichkeit geöffnet und zum Raum des Austausches für Studierende, Schüler\*innen, Lohnabhängige und alle anderen werden.

Während dieser Woche organisiert Students for Future in Zusammenarbeit mit dem AStA der Universität eine Reihe von Veranstaltungen und Aktionen, die sich mit der Klimakrise und ihren vielen verschiedenen Facetten beschäftigen und somit ebendieser Öffentlichkeit einen Rahmen für eine intensive, kritische Auseinandersetzung mit dem Thema bieten soll. Darüber hinaus werden die Institute, Fakultäten und Dozierenden aufgerufen, ihre Veranstaltungen ausfallen zu lassen, um den Studierenden die Teilnahme an den anderen Veranstaltungen zu ermöglichen, oder, in Anlehnung an die bereits von Scientists for Future organisierten "Lectures for Future", ihre Veranstaltung(en) in dieser Woche an den Themen Klimawandel und Umweltschutz auszurichten und diese öffentlich zugänglich zu machen.

Alle Studierenden werden dazu aufgerufen, ihren regulären Veranstaltungen fernzubleiben, um sich am alternativen Veranstaltungsprogramm beteiligen zu können. Nach den im Rahmen der letzten Vollversammlung von den Studierenden beschlossenen Forderungen der Students for Future, der öffentlichen Solidarisierung der Universität mit der Fridays for Future Bewegung und unter Berücksichtigung des vor kurzem verabschiedeten Klimapakets der Großen Koalition am Tag des bisher größten globalen Klimastreiks folgt die Public Climate School als notwendiger nächster Schritt, um der gesellschaftlichen Verantwortung der Universität als öffentliche Bildungseinrichtung gerecht werden zu können.

Die Universitätsleitung kommt ihrer Verantwortung aber eben nicht nach, die Klimakrise ihrer Wichtigkeit angemessen zu thematisieren und versäumt die Notwendigkeit, der breiten Öffentlichkeit einen Rahmen für die wirkliche Auseinandersetzung zu schaffen. Um diesem Problem zu begegnen, müssen wir als Studierende selbst aktiv werden und dem Thema den Raum geben, der ihm zusteht.

Die Klimastreikwoche ist nicht nur ein wirksames Druckmittel, das die Politik zum Handeln verpflichten soll, sondern auch ein Ort der Entwicklung nachhaltiger Zukunftsentwürfe, der allen Menschen zugänglich sein muss. So können die Hochschulen dem ihnen von der Hochschulrektorenkonferenz zugeschriebenen Auftrag gerecht werden, „als Zentren demokratischer Kultur [...] zur produktiven Diskussion um die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen“ beizutragen.

Unterstützung gibt es bereits offiziell von einer Vielzahl prominenter Wissenschaftler\*innen (bspw. Christoph Butterwegge, Klaus Dörre, Hartmut Rosa), von den Scientists for Future, vom Netzwerk N, vom FZS und auf gewerkschaftlicher Ebene von ver.di (Bundesebene).